



# Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Plenarprotokoll

### 49. Sitzung

Donnerstag, 6. Juni 2024

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Mitteilungen der Präsidentin und Geschäftliches</b> .....	4609	Dr. Kristin Brinker (AfD) .....	4620
<b>Wiedergewählter Fraktionsvorsitzender Dirk Stettner (CDU)</b> .....	4609	Bürgermeister Stefan Evers .....	4622
<b>Entpflichtete Staatssekretärin Dr. Claudia Elif Stutz</b> .....	4609	<b>2 Fragestunde</b> .....	4626
<b>Neuer Staatssekretär Johannes Wieczorek</b> .....	4609	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
<b>Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde</b> .....	4609	<b>Zweiter Standort der Landeszentrale für politische Bildung</b> .....	4626
<b>Dringlichkeit eines Antrags der AfD-Fraktion</b> .....	4609	Sandra Khalatbari (CDU) .....	4626
Ronald Gläser (AfD) .....	4609	Senatorin Katharina Günther-Wünsch .....	4626
Heiko Melzer (CDU) .....	4610	Sandra Khalatbari (CDU) .....	4627
Ergebnis .....	4611	Senatorin Katharina Günther-Wünsch .....	4627
<b>Terminplan für das Jahr 2025</b> .....	4611	Louis Krüger (GRÜNE) .....	4627
<b>1 Aktuelle Stunde</b> .....	4612	Senatorin Katharina Günther-Wünsch .....	4627
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		<b>Transparenz Finanzierung EURO 2024</b> ....	4627
<b>Haushaltschaos und kein Ende: Krisenszenarien müssen endlich auf den Tisch – Streitkoalition lässt Berlin weiter im Dunkeln</b> .....	4612	Dennis Buchner (SPD) .....	4627
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)		Senatorin Iris Spranger .....	4628
Steffen Zillich (LINKE) .....	4612	Dennis Buchner (SPD) .....	4628
Christian Goiny (CDU) .....	4614	Senatorin Iris Spranger .....	4629
André Schulze (GRÜNE) .....	4616	Klara Schedlich (GRÜNE) .....	4629
Torsten Schneider (SPD) .....	4618	Senatorin Iris Spranger .....	4629
		<b>Zusätzliche Mittel für Antisemitismusprojekte</b> .....	4630
		Sebastian Walter (GRÜNE) .....	4630
		Senator Joe Chialo .....	4630
		Sebastian Walter (GRÜNE) .....	4630
		Senator Joe Chialo .....	4630
		Vasili Franco (GRÜNE) .....	4630
		Senator Joe Chialo .....	4631
		<b>Kostenfreie Toiletten während EM 2024</b> ...	4631
		Katalin Gennburg (LINKE) .....	4631
		Staatssekretärin Britta Behrendt .....	4631

**(André Schulze)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und SPD! Lieber Senat! Wir Abgeordnete sind der Haushaltsgesetzgeber. Wiederholen Sie nicht die Fehler der letzten Monate! Haushaltsdebatten und finanzpolitische Entscheidungen dieser Tragweite gehören in die Mitte des Parlaments.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Beifall von Rolf Wiedenhaupt (AfD)]

Daher erwarten wir vom Senat, dass er zeitnah nach der Sommerpause einen Nachtragshaushalt zur Auflösung der PMA für 2025 vorlegt. Lassen Sie uns hier im Abgeordnetenhaus gemeinsam nach den besten Lösungen für die haushaltspolitischen Herausforderungen unserer Stadt suchen! – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

**Präsidentin Cornelia Seibeld:**

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Schneider das Wort.

**Torsten Schneider (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein strategisches Problem erfordert strategische Verabredungsfähigkeit.

[Beifall von Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE) –  
Anne Helm (LINKE): Das ist ein guter Ansatz!]

Ich bin mir sehr sicher, dass diese beiden Koalitionspartner diese strategische Verabredungsfähigkeit haben.

[Steffen Zillich (LINKE): Gewinnen,  
erreichen werden! –

Katina Schubert (LINKE): Vielleicht  
gar nicht wollen!]

Wir haben das bereits einmal in einer analytischen Herangehensweise bewiesen, wo Sie nur Zuschauer waren. Das ist das SIWA. Die strategische Analyse hat uns gezeigt, dass wir eine Fehljustierung haben, dass wir unseren öffentlichen Gebäudebestand und unsere Infrastruktur auf Verschleiß fahren. Es wurde mit der CDU eine strategische Entscheidung getroffen, nämlich nur noch 50 Prozent der Schulden zu tilgen

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

und 50 Prozent investiv zu binden. Das ist eine Analyse, eine Entscheidung. Sie waren da sehr kritisch, heute lebt die Stadt immer noch von diesen 4 Milliarden Euro. Das ist damals ein großer Erfolg von Rot-Schwarz gewesen.

[Beifall bei der SPD und der CDU –  
Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

– Lieber Kollege Zillich! Jedem verantwortungsbewussten und klugen Menschen, vor allem Finanzpolitiker, ist Folgendes klar: Als wir hier gemeinsam, Rot-Rot-Grün mit Unterstützung der CDU, 2019 die Kreditaufnahme von 7,4 Milliarden Euro beschlossen und mit Bundesmit-

teln zusätzlich den Haushalt ausgabenseitig um ein Drittel erhöht haben, da war klar, dass der 6. Juni 2024 kommen wird. Heute, fünf Jahre später, ist logisch dieser Weg zu beschreiten, denn Haushalt hoch, das können viele, Haushalt runter, sozial gerecht und ausgeglichen, das ist die Königsdisziplin. Und da sehe ich hier mit 1 Million oder 2 Millionen nur Kleinklein, das reicht nicht.

[Beifall bei der SPD und der CDU –  
Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

Weil wir strategisch verabredet sind, analysieren wir auch strategisch. Diese Koalition und dieses Bundesland werden die Ersten sein, die einen strukturell ausgeglichenen Haushalt präsentieren werden, und zwar in diesem Jahr. Davon seid ihr, wo ihr in der Regierungsbeteiligung seid, insbesondere im Bund, meilenweit entfernt, davon könnt ihr nur träumen.

[Beifall bei der SPD und der CDU –  
Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN]

Ich freue mich ja, dass ich Sie in Wallungen bringe. Es gibt ja zwei Strategien, sich bedeckt zu halten, einmal, man drischt Phrasen wie Sie, oder man tritt allen auf die Füße. Als stadtbekannter Menschenfreund komme ich zur zweiten Alternative.

[Heiterkeit bei der SPD und der CDU]

Es ist doch klar, wenn man strategisch befundet, dann guckt man sich Anomalien an. Ich fange mal mit der ersten Anomalie an. Sie sitzt im Roten Rathaus. Ich meine ausdrücklich nicht den Regierenden Bürgermeister, sondern ich meine den Befund, dass sich der Einzelplan 25 in den Krisenjahren um 240 Prozent erhöht hat und der des Regierenden Bürgermeisters um 126 Prozent. Ich bin mir sehr sicher, dass der Regierende Bürgermeister in Anbetracht dieser Analyse bei den Konsolidierungsanstrengungen vorbildlich vorangehen wird.

[Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Er nickt  
auch schon! –

Werner Graf (GRÜNE): Muss er ja!]

Er kann sicher sein, mit der SPD einen verlässlichen Partner zu haben, der ihn nicht im Regen stehen lässt.

[Beifall bei der SPD und der CDU –  
Steffen Zillich (LINKE): Man muss nur  
alle gleichmäßig bedrohen!]

– Ich sehe, du verstehst das Geschäft immer noch!

[Heiterkeit bei der SPD und der CDU –  
Zuruf von Carsten Schatz (LINKE)]

– Ja, da bin ich Kumpel.

Kommen wir mal zu zwei Einzelplänen, die derzeit keine Auffälligkeiten aufweisen, Kultur und Wirtschaft. Klar ist doch auch, dass da signifikante Coronahilfen stehen. Das auf das Vorkrisenniveau zurückzuführen wird auch Schmerzen verursachen. Das ist doch vollkommen

**(Torsten Schneider)**

unvermeidlich, und dazu sind wir auch bereit und verabredet.

Gucken wir uns die größte Anomalie an, in absoluten Zahlen. Das ist der Sektor Verkehr, Umwelt, Klimaschutz: 120 Prozent. Der hat sich während der Krisenjahre mehr als verdoppelt. Das kann man nicht wegdiskutieren und nicht wegzaubern. Das werden wir also substantiell beleuchten müssen. Ich sage da mal ein Schlagwort: Verkehrsverträge. Ich glaube nicht, dass man umhinkommt, sich das noch mal anzusehen. Da stecken 1 Milliarde Euro drin – grüne Fantasiepolitik, lauter Fata Morganas. Natürlich muss man darüber reden. Das werden wir auch tun.

Gucken wir uns den Bildungssektor an: ein Aufwuchs um 1,2 Milliarden Euro während der Krisenzeit, obwohl die Schulen alle geschlossen waren. Das ist erklärungsbedürftig. Darüber muss man reden.

[Tobias Schulze (LINKE): Na reden Sie mal drüber!]

– Ja, ich bin ja gerade dabei. Den Mumm haben Sie ja bisher nicht gehabt. Sie haben nur über 1 Million Euro geredet.

[Tobias Schulze (LINKE): Konkret!  
Wo soll es runtergehen?]

Was ich damit sagen will: Es gibt Einzelpläne,

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

die sind überproportional gewachsen. Es gibt auch welche, für die das nicht zutrifft.

Ich schaue mir den Justizsektor an. Der Justizsektor könnte bei einer maximalen Belastung von 7 Prozent den finanzpolitischen Normalpfad erreichen, aber mehr geht da nicht. Dann würden wir ihn hinter das kriselnde Niveau von 2019 zurückstellen. Ich glaube, spätestens da – so ist die SPD jedenfalls relativ klar verabredet – muss man dann intervenieren.

Das gilt auch noch für den Einzelplan 15, die Finanzen sind da auf einer Nulllinie. Es gilt für den Einzelplan 11. Den Sozial- und Arbeitsmarktpolitikern müssen wir 700 000 Euro geben, damit sie auf einer Nulllinie sind. Das ist der richtige Befund, und alles andere ist Phrasendrescherei. Dafür haben wir keine Zeit.

Ich will auch ein paar Beispiele bilden, wie das so geht. Sicherheit ist dieser Koalition gemeinsam extrem wichtig. Wir sind uns aber auch einig, dass die Bereinigung einer Fata Morgana einer über zwölf Monate unbesetzten Stelle so wenig abträglich für die Sicherheit ist, wie die Zuschreibung einer erneuten Fata Morgana zuträglich für die Sicherheit wäre.

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

– Jetzt sagen Sie, das ist richtig. In Ihrem tatsächlichen Redebeitrag, Kollege Zillich, haben Sie genau das Gegen-

teil gesagt. – Also wird man sich in Anbetracht von 7 000 unbesetzten Stellen auch die Hauptgruppe 4 ansehen müssen.

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

– Wir kommen zu den Bezirken, Herr Kollege Zillich. – Die Bezirke sind in der Globalsumme seit dem Referenzjahr 2019 um etwa 2 Milliarden Euro gewachsen. Bisher ist das ein politischer Kraftakt dieser Koalition, trotz der Verbal-Aerobic aus diesem Sektor, die bezirklichen Globalsummen rauszupriorisieren. – Das hätten Sie gar nicht geschafft, Herr Kollege Zillich! Da bin ich mir sehr sicher.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Würde man das also jetzt hinzu betrachten, sage ich auch hier schon: Bei 3,3 Prozent Kürzung sind auch die unter dem Level 19 fortgeschrieben und normale finanzpolitische Logik.

Was ist jetzt eigentlich zu tun? – Man kann auf dem Papier 5 bis 6 Milliarden Euro schneiden. Jetzt komme ich mal zum Verfahren. Kein Mensch, kein Parlament macht das in zwei Fachausschuss-Beratungen. Das ist hier doch jedem klar. Von vornherein ist die Strategie – und ich rede über Strategie, während Sie hier nur über Murks reden – darauf ausgerichtet, in einen Prozess zu gelangen.

[Steffen Zillich (LINKE): Nee!]

– Ja! Natürlich über Ihren Murks.

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

– Dieser Prozess ist zwingend. Der ist doch vollkommen unabweisbar. So ist das.

Jetzt will ich mal sagen: Am Ende dieses Prozesses wird natürlich eine PMA stehenbleiben können, die unter 1 Prozent beträgt. Das ist seit 50 Jahren vollkommen normal. Das sind 400 Millionen Euro. Kürzen oder betrachten muss man 2 Milliarden Euro. Das sind 5 Prozent. Nach 5 Jahren haben wir 5 Prozent, und natürlich muss man sich dann auch über solche Sachen wie die Hochschulverträge unterhalten.

[Tobias Schulze (LINKE): Na viel Spaß dabei!]

– Das wusste ich, dass Sie sich jetzt melden. – Das ist auch eine Anomalie, denn da gibt es die 5 Prozent, aber in die falsche Himmelsrichtung: Der einzige Cluster, in dem wir strukturell 5 Prozent hochschreiben und 6 Milliarden Euro verbinden.

[Zuruf von Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE)]

Warum mache ich das jetzt? – Alles, was ich Ihnen gerade gesagt habe, zeigt, wenn Sie rechnen können: Bei den Hochschulverträgen würde nur das Abschneiden der Überschüsse das strukturelle Defizit um Faktor 3 ausgleichen.

**Präsidentin Cornelia Seibeld:**

Herr Kollege! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schlüsselburg?

**Torsten Schneider (SPD):**

Frau Präsidentin! Ich gestatte nie Zwischenfragen, und da mache ich auch keine Ausnahme für den sehr geschätzten Herrn Kollegen Schlüsselburg. – Also wird diese Koalition jetzt solche Weichenstellungen bringen. Wir werden uns natürlich nicht mehr mit 721 Euro wie im Justizressort befassen. Das kann ja gar nicht sein. Wir werden politisches Ringen, politische Entscheidungen miteinander verabreden.

[Tobias Schulze (LINKE): Wann denn?]

Zur Sommerpause können wir Ihnen sagen, wie die Belastungen sind. Zum Herbst werden wir das strukturelle Defizit auflösen. Ich kann das nur wiederholen. Das wird ein Erfolg sein, den Sie noch nie erlebt haben. In Anbetracht dessen ist Ihre achtmalige Anwendung einer Aktuellen Stunde

[Zuruf von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

zu diesem Thema vollkommen fahrlässig.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Der Gesetzgeber hat aus der Verfassungslage der Auflösung einer pauschalen Minderausgabe zu Silvester eine vorgezogene Auflösung pauschaler Minderausgaben zur Sommerpause gemacht. Wir sind also nicht spät, wir sind ein halbes Jahr verfrüht.

[Lachen bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Was Sie jetzt von uns verlangen, ist, dass wir möglichst zur Sommerpause 2024 eine pauschale Minderausgabe 2025 auflösen.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Ein Scherzbold!]

– Ja, das sagt man mir nach.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Das wäre dann anderthalb Jahre zu früh, wenngleich wir das schaffen werden,

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

und dann können Sie mit einem Applaus reagieren.

[Steffen Zillich (LINKE): Die Strategie besteht darin, jetzt nicht die 2 Milliarden in 2025 zu betrachten!]

Die Strategie besteht darin, die 2 Milliarden in 2025 aufzulösen – Sie haben ja nicht zugehört –

[Zuruf von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

und damit einen ausgeglichenen Haushalt zu schaffen. Die Aufgabe ist groß.

[Zuruf von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)]

Meine Aufgabe ist es, diese einzelnen 1-Million-, 2-Millionen-Mätzchen, die Sie hier natürlich zelebrieren, in unseren Fraktionen weg zu verabreden. Wir müssen nämlich beieinander bleiben, wenn Sie schon nicht die Kraft haben, gemeinsam mit uns Verantwortung zu übernehmen.

**Präsidentin Cornelia Seibeld:**

Herr Kollege! Sie müssten bitte zum Ende kommen.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Besser ist es!]

**Torsten Schneider (SPD):**

Wir werden sie aufbringen, klug abwägen, und wir werden das Haushaltsproblem Berlins lösen.

[Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)]

Berlin ist nicht arm. – Ich werde eine letzte strategische Entscheidung vorbringen, weil Sie so emotional sind. Von Mann zu Mann darf man das ja sagen, habe ich gehört. – Als der Landesverband der Linken einen Antrag des Kreisverbandes Charlottenburg abgelehnt hat, die BIH nicht für 120 Millionen Euro zu verkloppen, haben Sie sich bewusst für diese falsche Privatisierung entschieden. Wir haben die Bude, die heute 8 Milliarden Euro wert ist und die jetzt im Feld steht, gerettet. Das ist SPD.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

**Präsidentin Cornelia Seibeld:**

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die AfD-Fraktion hat jetzt die Abgeordnete Dr. Brinker das Wort.

**Dr. Kristin Brinker (AfD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Versprechungen, die uns hier gemacht werden, sind immens. Wir werden sehen, wie sich das Ganze im Laufe des Jahres gestaltet. Die finanzielle Not ist groß in Berlin. Die Haushaltsrisiken sind immens. Wir erleben in der Tat – da muss man den Linken wirklich mal recht geben – ein Haushaltschaos, das beispiellos ist.

Der Senat präsentiert uns einen Nachtragshaushalt nach dem nächsten. Der zweite Nachtragshaushalt wird nicht der letzte in diesem Jahr gewesen sein. Seit Monaten geistern neue Vorgaben aus der CDU-Finanzverwaltung in die Hauptverwaltung und Bezirke. Mal sollen 3,5 Milliarden Euro gespart werden, mal 2 Milliarden Euro. Mal sollen alle Ressorts gleichermaßen einsparen, mal sind die Innen- und Bildungsverwaltung ausgenommen.

Dass sich die schwarz-rote Koalition in vielen Bereichen nicht grün ist, ist ja kein Geheimnis mehr. Dadurch wird